



13. Sitzung des Gemeinderates (2006 – 2010)

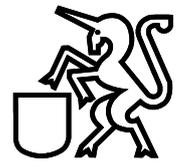
Datum, Zeit:	Montag, 7. April 2008, 19.00 Uhr
Ort:	Saal Reformiertes Kirchenzentrum ReZ
Vorsitz:	Valeria Rampone, Ratspräsidentin
Anwesend:	39 Ratsmitglieder
Abwesend:	Anton Lanzendörfer (SP) Toni Spitale (Sekretär GR) Kurt Spillmann (Sozialvorstand) Rolf Butz (Stadtschreiber)
Protokoll:	Gottfried Ruckstuhl, Ratssekretär Stv.
Stimmzähler:	Jürg Zimmermann, Bereich rechts, FDP und Bürotisch Patric Crivelli, SVP Patrick Angele, Bereich links
Weibeldienst:	Leopoldo Putorti

Geschäfte

1. Mitteilungen
2. Protokoll der 12. Sitzung des Gemeinderates vom 4. Februar 2008
3. Postulat Thomas Maier (GEU) betreffend „Erhöhte Ausnutzungsziffer für Minergie-Bauten“/
Beantwortung
(Gesch. Nr. 90 / 2007)
4. Bauabrechnung Renovation Schulanlage Högler von 6'076'796.30 Franken / Genehmigung
(Gesch. Nr. 118 / 2007)
5. Bauabrechnung Schulpavillion Gockhausen von 1'491'027.45 Franken / Genehmigung
(Gesch. Nr. 119 / 2007)



6. Bewilligung eines Bruttokredites von 1'100'000 Franken für die Sanierung des heutigen Bauhofes sowie die Erstellung einer Fahrzeughalle an der Usterstrasse 105, Dübendorf
(Gesch. Nr. 133 / 2007)
7. Bewilligung eines Bruttokredites von 1'700'000 Franken als Planungskredit für das Vorprojekt und Bauprojekt der Etappe 1 der Erweiterung des Alters- und Spitexzentrums Dübendorf
(Gesch. 138 / 2007)
8. Zweite Fragestunde des Amtsjahres 2007 / 2008 gemäss Art. 55 Gesch O GR
9. Zehn Bürgerrechtsgesuche
 - 9.1 Miladi Adel, tunesischer Staatsangehöriger, wohnhaft Im Trübacker 7,
Dübendorf
(Gesch. Nr. 72 / 2007)
 - 9.2. Kocinaj Betim, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger, wohnhaft
Grüzenstrasse 57, Dübendorf
(Gesch. Nr. 73 / 2007)
 - 9.3 Fernandes Machado Mário Dinis, portugiesischer Staatsangehöriger, wohnhaft
Amselweg 3, Dübendorf
(Gesch. Nr. 74 / 2007)
 - 9.4. Thuraisamy Sarmila, srilankische Staatsangehörige, wohnhaft Wangenstrasse 31,
Dübendorf
(Gesch. Nr. 84 / 2007)
 - 9.5. Tutic Anto, kroatischer Staatsangehöriger sowie seine Ehefrau Tutic Margareta geb. Ros,
wohnhaft Heugatterstrasse 24, Dübendorf
(Gesch. Nr. 85 / 2007)
 - 9.6. Dusic Katarina, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, wohnhaft
Eglishölzliweg 3, Dübendorf
(Gesch. Nr. 87 / 2007)
 - 9.7. Mazzarelli Giuseppe, italienischer Staatsangehöriger, sowie seine Ehefrau Mazzarelli
Anna geb. Chiappetta und das Kind Lara, wohnhaft Hurdackerstr. 6, Dübendorf
(Gesch. Nr. 91 / 2007)
 - 9.8. Brdar Tomislav, kroatischer Staatsangehöriger, sowie seine Ehefrau Brdar Iva geb.
Curjuric, wohnhaft Wallisellenstr. 7, Dübendorf
(Gesch. Nr. 93 / 2007)
 - 9.9. Michos Nikolaos, griechischer Staatsangehöriger, wohnhaft Lerchenweg 2,
Dübendorf,
(Gesch. Nr. 99 / 2007)



9.10 Semir Fecir geb. Avci, türkische Staatsangehörige, wohnhaft In Huebwiesen 10,
Dübendorf
(Gesch. Nr. 100 / 2007)

1. Mitteilungen

- Hinschied von Alt - Gemeinderat und Stadtrat Hans Müller

Am 19. Februar 2008 verstarb Hans Müller im 94. Altersjahr. Er war seit der Gründung 1974 während 16 Jahren Mitglied des Gemeinderates. 1976 / 77 amtierte er als Ratspräsident. 1990 wurde er in den Stadtrat gewählt.

Die Anwesenden erheben sich im Andenken an Hans Müller.

- Geschäft Nr. 141 / 2008
Sanierung Obere Geerenstrasse / Behördenreferendum gegen den Beschluss des Gemeinderates vom 4. Februar 2008 / Zustandekommen

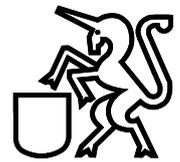
Am 4. Februar 2008 haben 14 Mitglieder das erwähnte Behördenreferendum eingereicht. Mit Beschluss vom 17. März 2008 hat das Büro festgestellt, dass das Referendum in Anwendung der Gemeindeordnung zu Stande gekommen ist. Der Stadtrat wird eingeladen, die Urnenabstimmung durchzuführen.

- Geschäft Nr. 40 / 2006
Einbürgerung Stevanovic Dragan / ablehnender Beschluss vom 4. Februar 2008 /
Beschwerde an Bezirksrat

Der erwähnte Bewerber hat fristgerecht beim Bezirksrat Uster Beschwerde eingereicht. Mit Präsidialverfügung vom 20. Februar 2008 verlangt dieser eine Stellungnahme bis 25. März 2008. Das Büro antwortete am 20. März 2008 mit dem Antrag, die Beschwerde vollumgänglich abzulehnen.

- Geschäft Nr. 105 / 2007
Postulat der FDP betr. Einsatzprogramm für Langzeitarbeitslose / Beantwortung / Fristverlängerung

Mit Brief vom 18. März 2008 teilt der Stadtrat folgendes mit: „Er hat das Postulat an seiner letzten Sitzung beraten und weitere Abklärungen in Auftrag gegeben. Es ist dem Stadtrat ein Anliegen, vor der Beantwortung des Postulates verschiedene Varianten gegeneinander abzuwägen. Da diese weiteren Arbeiten noch einige Zeit in Anspruch nehmen, wird der Stadtrat das Postulat erst ca. anfangs Mai beantworten können.“



- Geschäft Nr.140 / 2008

Schriftliche Anfrage Gabi Gossweiler (FDP) und Andrea Kennel (SP) betreffend Lärmschutzwand Gfenn vom 23. Januar 2008 / Fristverlängerung

Mit Brief vom 10. März 2008 teilt der Stadtrat mit: Er hat die Anfrage an seiner letzten Sitzung beraten. Er ist dabei zum Schluss gekommen, seine Antwort erst nach Vorliegen des Berichtes des mit den Schadenersatzforderungen beauftragten Rechtsanwaltsbüros abzugeben. Der Stadtrat wird über das Resultat der Verhandlungen im April 2008 informiert; anschliessend wird er die Anfrage beantworten.

- Information über die Umsetzung des Volksschulgesetzes

Der Bildungsvorstand kündigt an, dass am Dienstag, 3. Juni 2008 eine diesbezügliche Informationsveranstaltung durchgeführt wird. Die Einladung wird folgen.

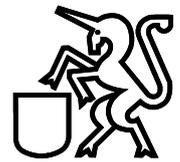
- Information über die Neuorganisation GESPAD

Stadtpräsident Lothar Ziörjen orientiert, dass der Stadtrat am nächsten Sitzungstermin vom 5. Mai 2008 um 17.30 Uhr den Gemeinderat über die Neuorganisation der GESPAD informieren wird.

Persönliche Erklärung Anton Keller (SVP)

„Als kürzlich Micheline Calmy-Rey mit einem Kopftuch im Iran anzutreffen war, haben sich darüber viele Leute geärgert, wahrscheinlich zu Recht. Ich kann dem aber auch etwas Positives entnehmen. Wenn eine Bundesrätin, die nur zu Besuch in einem Land mit einer für uns fremden Kultur ist und sich dieser anzupassen versucht, wie mehr müssen dann nicht alle Menschen aus einer fremden Kultur, die bei uns Gastrecht geniessen, wohnen und leben wollen, sich unserer Kultur, unseren Sitten und Gebräuche anpassen; und nicht umgekehrt. Vor etwa 3 Wochen hat der Schweizerische Lehrerverband einen für mich absolut positiven Entscheid gefällt und einen Vorstoss in die richtige Richtung gemacht. Er hat beschlossen, der Schulunterricht solle nicht weiter religionsneutral abgehalten werden, sondern sie wollen den christlichen Glauben wieder aktiv in die Schulstuben bringen. Vor 2 Wochen habe ich dies in der NZZ am Sonntag gelesen. Dazu habe ich noch einen kurzen Kommentar gefunden. Ich erlaube mir, Ihnen diesen da vorzulesen:

An Weihnachten vor einem Jahr fegte ein Wirbelsturm der Entrüstung über die Schweiz. Der <Blick> hatte eine Debatte über ein angebliches Weihnachtsverbot an den hiesigen Schulen inszeniert, die Schulen hätten vor den Muslimen kapituliert und die Krippenspiele abgesagt. „Dürfen die Kinder im Kochunterricht noch Weihnachtsguetsli mit Sternformen ausstechen?“, fragte das Blatt in christlicher Besorgnis. Der Aufschrei zeigte: Weihnachten und Ostern sind vielen Menschen wichtig, und die Kinder sollen auch den religiösen Hintergrund dieser Feste kennen. Hier liegt der Hund begraben: Die heutigen Fernsehkinder sind in Sachen Religion Analphabeten. Kein Wunder eigentlich, denn Religiosität wird in vielen Familien nicht mehr gelebt, und manche Lehrer weichen in der Schule dem Thema aus, weil die vielen Kulturen, die heute in einem Schulhaus zusammentreffen, und die fortschreitende Pluralisierung der Gesellschaft sie verunsichern haben. Dass der Lehrerverband nun mit einem Positionspapier Gegensteuer gibt, ist richtig. Denn das friedliche Zusammenleben in der multikulturellen Schweiz ist gefährdet. Und die Schule ist der Ort, wo man es lernen kann.



Voraussetzung für das Verstehen der anderen ist immer, dass man sich selber zurechtfindet im Leben, dass man weiss, woher die eigenen Einstellungen kommen. Kurz, es geht darum, die eigene kulturelle Identität zu erkennen – bei uns: die christliche Tradition. Dies muss im Unterricht über Religion im Vordergrund stehen – und auch die Eltern anderer Religionszugehörigkeit sollten der Vermittlung christlicher Grundwerte entspannt entgegensehen. Ihre Kinder werden sich in der fremden Kultur nur zurecht finden, wenn sie sie auch kennen.“

2. Protokoll der 12. Sitzung vom 4. Februar 2008

Gegen das erwähnte Protokoll sind keine Berichtigungsanträge eingegangen. Es ist somit im Sinne von Art. 58 der Geschäftsordnung genehmigt.

3. Postulat Thomas Maier (GEU) betreffend „Erhöhte Ausnutzungsziffer für Minergie-Bauten“/ Beantwortung

Der Erstunterzeichner Thomas Maier (GEU) nimmt wie folgt Stellung:

Nach Erhalt und Lesen des schriftlichen Antrages des Stadtrates wusste ich nicht so recht ob ich mich jetzt freuen soll oder nicht. Heute mit etwas Distanz bleibt ein weinendes und lachendes Auge. Warum? Vielleicht zu erst zum Grundsatz. Wir wollten mit diesem Postulat einen kleinen lokalen aber wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Diesem globalen Thema, das so weit weg erscheint, uns manchmal und wohl leider immer häufiger lokal einholt, können und werden wir nur lokal begegnen können. Diverse nationale und internationale Studien (OCC) zeigen uns die Ursachen dieser schleichenden Veränderung immer wieder auf und leider ist diese zu praktisch 100 % menschengemacht. Mit dem Postulat haben wir eine konkrete Massnahme, die offenbar aber trotz Dringlichkeit doch nicht so einfach, schnell und sinnvoll umsetzbar ist, wie wir dies noch letzten Sommer gedacht haben. Zentrales Hindernis auf dem Weg zur Umsetzung sind diesmal wohl schlicht und einfach kantonale Regelungen - mindest im Moment noch. Denn auch auf kantonaler Ebene tut sich was- auch dank diverser Vorstösse, die die gesetzlichen Grundlagen für solch Ausnutzungsboni schaffen wollen. Im Weg steht also ein Gesetz, das auch geändert werden kann. Tragisch ist dies umso mehr, weil wir hier ja mit einem sogenannten Anreizsystem und eben genau keine neuen Vorschriften und Gesetzen arbeiten wollen. Klar verspricht die Aussicht, dass der Kanton 2009 die Vorschriften allgemein verschärfen will, viel. Für Neubauten macht dies Sinn und faktisch wirtschaftlich, mindesten Minergie-Ziele zu erreichen. Auf der anderen Seit könnte aber z. B. Minergie-P mit Anreizen gefördert werden, da dies meist noch nicht wirtschaftlich ist. Vor allem bei Umbauten und Sanierungen wäre aber eine Kombination aus verschiedenen Anreizsystemen sehr hilfreich, damit nicht nur eine einfache Pinselrenovation gemacht wird. Nun aber zum lachenden Auge. Trotz diverser Bedenken des Stadtrates, die dieser bereits an der Sitzung im September geäussert hat und wir leider immer noch nicht verstehen, resp.. teilen, will sich der Stadtrat aber doch im Sinne des Postulates einsetzen. Er möchte das Postulat aufrecht erhalten und im Rahmen der Teilrevision der Nutzungsplanung weitere Möglichkeiten ausloten. Dies begrüssen wir ausdrücklich. Der Stadtrat zeigt damit, dass er nicht nur die Dringlichkeit des Klimaproblems sehr ernst und seine Verantwortung wahrnimmt, sondern auch dem Label Energiestadt Dübendorf Ehre erweisen will. Darüber freuen wir uns sehr. Wir hoffen also doch noch auf eine rasche und sinnvolle Umsetzung der Grundideen des Postulates, denn gerade im Gebäudebereich bieten sich enorme und einfache Sparpotentiale ohne irgendeine Einbusse von Lebensqualität. Ich bitte den Gemeinderat um Aufrechterhaltung des Postulates.



Der Stadtrat beantragt, das Postulat aufrecht zu erhalten.

Es wird kein Gegenantrag gestellt.

In Anwendung vom Art. 49, Ziff. 4 der Gesch O GR wird das vorliegende Postulat auf die Pendenzenliste gesetzt.

4. Bauabrechnung Renovation Schulanlage Högler von 6'076'796.30 Franken / Genehmigung

Die Bauabrechnung zeigt folgendes Bild:

Gesamtkredit inkl. Teuerung	Fr. 6'179'565.40
Ausführungskosten	Fr. 6'076'796.30
	—————
Minderkosten	Fr. 102'769.10 =====

Für die GRPK erläutert Stephan Schneider (CVP) die Vorlage.

Er informiert über die Arbeiten der GRPK und die getroffenen Abklärungen. Insbesondere hält er fest:

- Die Renovation war in Bezug auf den engen Terminplan eine Meisterleistung.
- Das Engagement der Unternehmer / Bauleitung / Schulpflege war überdurchschnittlich.
- Innert 5 Wochen und 2 Tagen wurden z. B. rd. 3.3 Mio. Franken verbaut.
- Die Mittel wurden effizient eingesetzt.

Besonders weist der Referent auf Folgendes hin:

- In der Gesamtbausumme von Fr. 6'076'796.30 sind die Zusatzausgaben von Fr. 274'335.00 für die Erfüllung der feuerpolizeilichen Auflagen enthalten, für die ein Zusatzkredit von Fr. 250'000.00 gesprochen wurde. Die Baukosten ohne diese Zusatzaufgaben belaufen sich somit auf Franken 5'802'461.30.
- Es ist darauf zu achten, dass die Kredite jeweils getrennt abgerechnet werden.

Die GRPK beantragt einstimmig, die vorstehende Bauabrechnung zu genehmigen.

Bildungsvorstand Edith Jöhr weist nochmals auf den termingerechten Abschluss der Bauarbeiten hin. Sie nimmt die Anregungen der GRPK betreffend Abrechnungsmodus entgegen.



Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung:

Der Gemeinderat stimmt der vorliegenden Bauabrechnung mit 38 zu 0 Stimmen zu.

Beschluss:

1. Die Bauabrechnung für die Renovation der Schulanlage Högler mit Gesamtkosten von Fr. 6'076'796.30 wird genehmigt.
2. Mitteilung an Stadtrat und Primarschulpflege.

5. Bauabrechnung Schulpavillon Gockhausen von 1'491'027.45 Franken / Genehmigung

Die Bauabrechnung schliesst wie folgt ab:

Gesamtkredit inkl. Teuerung	Fr. 1'404'880.00
Ausführungskosten	Fr. 1'591'027.45

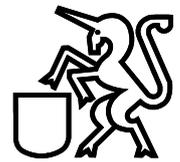
Mehrkosten	Fr. 86'147.45
	=====

Für die GRPK erläutert Peter Bless (DP) die Vorlage. Der Referent zieht folgendes Fazit: Die vorliegende Bauabrechnung ist übersichtlich. Einzig die Begründung der Mehr- und Minderkosten sind nicht ganz vollständig und nicht in allen Teilen präzise. Da die effektive Mehrkostenüberschreitung von rund 10'000 Franken nachvollziehbar und vertretbar ist, empfiehlt die GRPK dem Gemeinderat, trotz den Schönheitsfehlern, die vorliegende Bauabrechnung zu genehmigen.

Hans Baumann (SP/JUSO) stellt fest, dass mit dem Neubau der frühere Spielplatz verschwunden ist. Ein Ersatz wurde von der Schule nicht geschaffen. Eltern versuchen nun auf privater Basis die nötigen finanziellen Mittel zu beschaffen, damit wieder ein Spielplatz errichtet werden kann.

Fragen an den Stadtrat:

1. Warum wurde der dringende Wunsch von Kindern und Eltern nach einem Spielplatz beim Neubau nicht berücksichtigt?



2. Ist die Primarschulpflege jetzt bereit, die Initiative der Eltern zu honorieren und wenigstens die noch fehlenden Mittel zum Bau des Spielplatzes beizusteuern?

Bildungsvorstand Edith Jöhr nimmt Stellung. Der Spielplatz musste dem neuen Pavillon weichen. Zurzeit steht kein Ersatz zur Verfügung. Die Initiative der Einwohnerschaft ist zu begrüßen, dennoch ist es nicht eine Aufgabe der Bevölkerung sondern der öffentlichen Hand. Die Schulpflege plant einen Ersatz. Er soll im nächsten Jahr realisiert werden.

Daniel Brühwiler (GEU) stört, dass die zusätzlichen Kosten von ca. Fr. 70'000.00 für die Lüftung auf einer Auflage des Kantons basieren. Besonders zu rügen ist, dass sich der Kanton dabei auf Argumente des Fluglärms stützt. Gockhausen ist noch nicht in einer lärmbelasteten Zone. Diese Vorgehensweise könnte ein Präjudiz sein, dass der Kanton beabsichtigt, Südanflüge auch tagsüber zu gestatten und nicht nur am Morgen.

Abstimmung:

Der Gemeinderat stimmt der vorliegenden Bauabrechnung mit 37 zu 0 Stimmen zu.

Beschluss:

1. Die Bauabrechnung für den Neubau des Schulpavillons Gockhausen mit Gesamtkosten von Fr. 1'491'027.45 wird genehmigt.
2. Mitteilung an Stadtrat und Primarschulpflege.

6. Bewilligung eines Bruttokredites von 1'100'000 Franken für die Sanierung des heutigen Bauhofes sowie die Erstellung einer Fahrzeughalle an der Usterstrasse 105, Dübendorf

Namens der GRPK nimmt Rudolf Herter (FDP) zum Antrag Stellung. Er gliedert seine Ausführungen in:

- Inhalt Antrag
- Situationsplan
- Gesamtbeurteilung
- Abschied GRPK.

Gestützt auf die Weisung des Stadtrates vom 8. November 2007 erklärt der Referent den Antrag mit dem entsprechenden Sanierungskonzept und den Kosten. In der Gesamtbeurteilung kommt die GRPK zum Schluss, dass der Antrag vollumfänglich den von der GRPK aufgestellten Richtlinien entspricht und gut verständlich abgefasst ist. Die zugehörigen Akten liegen vollständig auf. Das vorliegende, von einer Arbeitsgruppe der Stadtverwaltung erarbeitete Gesamtsanierungskonzept ermög-



licht eine kostengünstige Problemlösung und trägt damit der finanzpolitischen Situation Rechnung. Ein Neubau wird für die nächsten 15 Jahre kein Investitionsthema mehr sein.

Die GRPK beantragt einstimmig, die Vorlage zu genehmigen.

Finanzvorstand Martin Bäumle ergänzt, dass viele Jahre im Finanzplan 6 - 7 Mio. Franken für einen Neubau des Werkhofes eingestellt waren. Dieser Betrag hat definitiv keinen Platz mehr. Die nun angestrebte Sanierung ist vertretbar und hat sicher für ca. 15 Jahre Bestand. Das Thema „gebundene Ausgabe“ war in der Diskussion nie ein Thema.

Abstimmung:

Der Gemeinderat stimmt dem vorliegenden Antrag mit 38 zu 0 Stimmen zu.

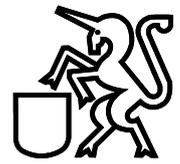
Beschluss:

1. Für die Totalsanierung der Liegenschaft Usterstrasse 105 (Bauhof) und die Erstellung einer Fahrzeughalle wird ein Bruttokredit von 1'100'000 Franken zu Lasten der Investitionsrechnung (Konto 1090.5030.55) bewilligt.
2. Die Kreditsumme erhöht oder reduziert sich entsprechend der Entwicklung des Züricher Wohnbaukostenindex in der Zeit zwischen Kostenschätzung (Preisbasis 1. April 2007 = 106.6 Punkte; Basis 1. April 2005 = 100 Punkte) und Bauausführung.
3. Mitteilung an den Stadtrat.
7. **Bewilligung eines Bruttokredites von 1'700'000 Franken als Planungskredit für das Vorprojekt und Bauprojekt der Etappe 1 der Erweiterung des Alters- und Spitexzentrums Dübendorf**

Der Antrag wird durch das GRPK - Mitglied Peter Bless (DP) vertreten. Er listet nochmals die wesentlichen Punkte der Weisung, inkl. der Kostenberechnung, auf. Die GRPK erachtet das Vorgehen des Stadtrates als richtig und den beantragten Planungskredit von 1.7 Mio. Franken als angemessen.

Wertung:

- Die Grundlagen zur Beurteilung der Planungskreditvorlage sind ausreichend und transparent.
- Obwohl mögliche Doppelbelegungen der Zimmer bei der Berechnung der Bettenkapazitäten nicht berücksichtigt sind, resultieren für die Etappe 1 in jedem Fall keine Überkapazitäten. Auf weitere strategische Machbarkeitsstudien kann darum für die Etappe 1 verzichtet werden.
- Als Anregung empfiehlt die GRPK, im definitiven Raumprogramm der Etappe 1 noch einen Sportraum und einen Raucherraum aufzunehmen.
- Damit der Betrieb des Alters- und Spitexzentrums während der Realisierung der Etappe 1 aufrecht erhalten werden kann, sind logistisch noch anspruchsvolle Aufgaben zu lösen. Es ist darum vor allem während der Planungsphase unbedingt darauf zu achten, dass der vorgesehene Kostenrahmen für die Realisierung der Etappe 1 eingehalten werden kann.



Die GRPK empfiehlt einstimmig den Antrag zu genehmigen.

Finanzvorstand Martin Bäumle ergänzt, dass die Beträge im Finanzplan eingestellt sind, da die Sanierung und Erweiterung des ASZ eine sehr hohe Priorität besitzt. Weiter führt er aus, dass sich die Pläne, auf einer Nachbarparzelle einen Neubau zu realisieren, zerschlagen haben. Die Um- und Neubauten sollten während des vollen Betriebes ohne Auslagerungen oder Errichtung eines Provisoriums realisiert werden. Die Bedarfsrechnung wurde nochmals überprüft. Sie stimmt mit den früheren Zahlen in etwa überein, das heisst, dass im Jahr 2011 rund 180 Plätze erforderlich sind. Zusätzlich zu dem Planungskredit werden in diesem Jahr noch rund 1.8 Mio. Franken als gebundene Ausgabe für Sanierungsarbeiten aufgewendet. Bis zum Abschluss der Totalsanierung des ASZ ist ein Finanzbedarf von ca. 45 - 50 Mio. Franken erforderlich.

Max Senn (SP) regt an, dass Mitarbeitende und Mitbewohnerinnen und Mitbewohner in die Planung miteinbezogen werden. Eine entsprechende Umfrage bei den Betroffenen ist vor der Abstimmung durchzuführen oder der Stadtrat muss mindestens zusichern, dass dies vor Beginn der Planung geschieht.

Stefanie Huber erklärt, dass die GEU - Fraktion das Vorhaben unterstützt. Durch gezieltes und effizientes Planen und Umsetzen sollte erreicht werden, dass nicht alle finanziellen Ressourcen der Stadt für das ASZ aufgebraucht werden. Es gibt diverse andere Projekte, die dringlich sind und verwirklicht werden sollten.

Finanzvorstand Martin Bäumle erklärt, dass die Bedürfnisse des Personals sowie der Mitbewohnerinnen und Mitbewohner berücksichtigt werden. Im Weiteren ist es ein erklärtes Ziel des Stadtrates, dass nach den neusten Erkenntnissen und natürlich auch nachhaltig saniert wird.

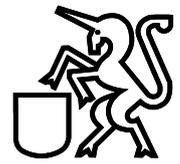
Bruno Fenner (DP) findet es gut, wenn der Planungskredit eingehalten wird. Er weist darauf hin, dass die Zahl von 24 Mio. Franken für die Ausführung der Arbeiten noch mit Vorsicht zu geniessen ist.

Abstimmung:

Mit 36 zu 0 stimmt der Rat dem Planungskredit zu.

Beschluss:

1. Als Planungskredit für das Vorprojekt und Bauprojekt der 1. Etappe der Erweiterung des Alters- und Spitexzentrums Dübendorf (ASZ) wird ein Bruttokredit von 1'700'000 Franken bewilligt.
2. Die Kreditsumme erhöht oder reduziert sich entsprechend der Entwicklung des Züricher Wohnbaukostenindex in der Zeit zwischen Kostenschätzung (Preisbasis April 2007 = 106.6 Punkte; Basis 1. April 2005 = 100 Punkte) und Auftragsausführung.
3. Mitteilung an den Stadtrat.



8. Zweite Fragestunde des Amtsjahres 2007 / 2008 gemäss Art. 55 Gesch O GR

Es sind 11 Fragen eingereicht worden.

Anton Keller (SVP) betreffend Postulat Parkplatzbewirtschaftung

Am 2. Juli 07 wurde mein Postulat zum zweiten Mal entgegen dem Antrag des Stadtrates erfreulicherweise nicht abgeschrieben. Darauf hat der Stadtrat ein Büro für Raumplanung beauftragt, ein Gesamt-Parkraumkonzept zu erarbeiten. Gemäss Geschäftsordnung des GR hat der Stadtrat 6 Monate Zeit, das Postulat zu bearbeiten. Diese Zeit ist nun schon länger abgelaufen.

Fragen:

1. Bis wann dürfen wir mit einer Antwort rechnen?
2. Was kostet diese Expertise vom privaten Büro für Raumplanung?

Stadtpräsident Lothar Ziörjen antwortet:

Zu 1.: Das Postulat befindet sich auf der Pendenzenliste. Die Fristen gemäss Geschäftsordnung GR kommen daher nicht mehr zur Anwendung. Mit dem jährlichen Geschäftsbericht des Stadtrates gibt es zu den pendenten Postulaten einen Zwischenbericht.

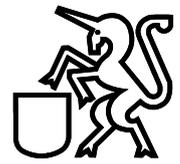
Zu 2.: Die Kosten belaufen sich auf rund Fr. 65'000.--. Erklärung dazu: der Inhalt des Konzeptes für die Parkraumplanung wurde auf das ganze Stadtgebiet erweitert. Zudem müssen auch die Mittel des Parkraumfonds aus den Ersatzabgaben in die Überlegungen miteinbezogen werden. Zurzeit wird die IST - Situation bearbeitet. In einem nächsten Schritt werden nochmals die Direktbetroffenen angehört. Der Abschlussbericht dürfte bis zu den Sommerferien 2008 fertig gestellt sein.

Gaby Gossweiler (FDP) betreffend Freistellung der Betriebsleiterin der ARA Neugut

Im Tages-Anzeiger vom 26.3.2008, Bund Oberland, wird von der Freistellung der Betriebsleiterin der ARA Neugut berichtet. So soll von der ARA-Kommission unter Vorsitz von Stadtrat Rolf Güttinger ein Berater engagiert worden sein. Zwischen diesem Berater und der langjährigen Angestellten, die bis dato zur vollsten Zufriedenheit aller ihre Arbeit verrichtet hat, soll es zu Differenzen gekommen sein, die in der Freistellung der Betriebsleiterin endete.

Fragen:

1. Aus welchem Grunde wurde in der ARA Neugut ein Berater engagiert? Waren dies
 - organisatorische / betriebliche Angelegenheiten, d. h. wurde der langjährigen Angestellten ein Coach zur Seite gestellt?
 - fachtechnische Angelegenheiten, wenn ja: welcher Art?



2. Wer hat auf wessen Antrag hin einen Berater beigezogen?
3. Wie wurde dieser Berater evaluiert?
4. Wie geht es in der ARA Neugut weiter? Mit welchen Kostenfolgen für die Steuerzahler ist zu rechnen?

Tiefbauvorstand Rolf Güttinger antwortet:

Die Betriebsleiterin wurde am 19. März 2008 von ihren Funktionen freigestellt. Die Gründe dafür waren abweichende Auffassungen und die fehlende Vertrauensbasis. Seit 2006 amtierte ein Coach, der eine Verbesserung der Betriebs- und Personalführung initiieren sollte. Der Wissenstransfer hat nicht stattgefunden. Der Berater wurde von der ARA - Kommission angestellt. Nach den heutigen Erkenntnissen dürften keine Mehrkosten entstehen. Ab morgen Abend kann mit einer Zwischenlösung gerechnet werden.

Hans Baumann (SP) betreffend Postulat Jürg Gasser betreffend Kinderkrippen

In Beantwortung des Postulates Jürg Gasser vom 19. 7. 2007 weist der Stadtrat darauf hin, dass im vierten Quartal 2007 eine Elternumfrage gemacht und aufgrund dieser Ergebnisse über den Handlungsbedarf bezüglich Krippen beschlossen wird. Das Postulat wurde an der GR-Sitzung vom 3. 9. 2007 aufrecht erhalten

Fragen:

1. Ist diese Umfrage erfolgt und welche Erkenntnisse hat sie bezüglich Krippen aber auch bezüglich Tagesbetreuung von Schulkindern gebracht?
2. Wann kann der Bericht evtl. ein Antrag des Stadtrates zum weiteren Vorgehen erwartet werden?

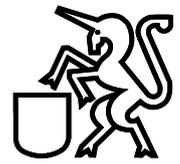
Bildungsvorstand Edith Jöhr antwortet:

Zu 1.: Die Umfrage ist erfolgt und zwar bei Eltern mit Schulkindern aber auch bei Eltern mit Kleinkindern. Die Auswertung zeigt, dass ein Handlungsbedarf besteht. Das von einer speziellen Arbeitsgruppe erarbeitete Konzept liegt vor.

Zu 2.: An der nächsten Sitzung wird die Schulpflege einen Antrag an den Stadtrat verabschieden. Voraussichtlich muss darüber eine Urnenabstimmung stattfinden.

Stefanie Huber (GEU) betreffend Nachfrage zu Informationen zur Kinderbetreuung im Internet

Bereits letzten September habe ich eine Frage bezüglich der Informationen zur Kinderbetreuung auf der Dübendorfer Homepage gestellt. Damals kam die erfreuliche Antwort, man sei daran, die Homepage bezüglich Kinderbetreuung zu verbessern. Inzwischen ist April und die Suchergebnisse zu „Kin-



derbetreuung Dübendorf“ zeigen noch immer das Postulat von Hans Baumann oder eine kantonale Statistik zum Thema.

Frage:

Wann können wir den mit mehr Informationen zu diesem Thema auf unserer Homepage hoffen?

Stadtpräsident Lothar Ziörjen antwortet:

Wegen unfallbedingten Ausfällen hat sich die Überarbeitung der Homepage um ca. 2 Monate verzögert.

Rudolf Herter (FDP) betreffend Stadtentwicklung / Bevölkerungsentwicklung

Im Oberlandteil des Tagesanzeigers vom 13. Februar 2008 haben sich einzelne Stadträte zu unserer ungünstigen Bevölkerungsstruktur und zu den Problemquartieren Flugfeld und Birchlen geäußert. Unter Hinweis auf das Legislaturprogramm 2006 bis 2010 wurde darauf hingewiesen, dass sich Massnahmen in Erarbeitung befinden. Konkret erwähnt worden sind aber nur ein städtebauliches Entwicklungskonzept, das Arbeitsintegrationsforum Dübi-Jobs und ein Integrationsprogramm der Primarschule. Andere Städte, z. B. Dietikon gehen das Problem der Bevölkerungsentwicklung gesamtheitlich an und setzen dabei zusätzlich auf Sicherheit / Ordnung und Öffentlichkeitsarbeit.

Fragen:

1. Welche weiteren Massnahmen werden erarbeitet?
2. Gibt es Gesamtprojektleitung?

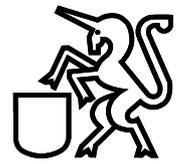
Stadtpräsident Lothar Ziörjen antwortet:

Zu 1.: Die Erarbeitung eines Konzeptes Stadtentwicklung / Bevölkerungsentwicklung wird nicht nur in Bezug auf die von Gemeinderat Herter aufgezählten Punkte beschränkt. Alle Bereiche der Stadt werden einer gesamtheitlichen Betrachtung unterzogen.

Zu 2.: Mit der Gesamtprojektleitung ist der Stadtschreiber beauftragt worden.

Rudolf Herter (FDP) betreffend Littering / Polizeiverordnung

Im Zusammenhang mit Massnahmen zur Stadtentwicklung wird in verschiedenen Gemeinden vermehrt auf Sauberkeit und Ordnung gesetzt. Dazu werden entweder neue Verordnungen in Kraft (Oberweningen) gesetzt oder bestehende Verordnungen in Erinnerung gerufen und durchgesetzt (Dietikon). Die Polizeiverordnung der Stadt Dübendorf stellt in Art. 38 und Art 40 die Verunreinigung des öffentlichen Grundes und die Beschädigung von öffentlichen oder privaten Sachen unter Strafe.



Frage:

Warum wird in Dübendorf die Durchsetzung der bestehenden Polizeiverordnung nicht als Mittel zur Bekämpfung von Littering und Vandalismus eingesetzt?

Sicherheitsvorstand André Ingold antwortet:

Die Bestimmungen der gültigen Polizeiverordnung sind bekannt. Aber deren Umsetzung bereitet Probleme. Man ist auf Hinweise aus der Bevölkerung angewiesen. Wird jemand erwischt, wird gegen den Fehlbaren in Anwendung der bestehenden gesetzlichen Vorschriften vorgegangen. Zudem werden mit einem neuen Abfallkonzept Verbesserungen angestrebt.

Jürg Zimmermann (FDP) betreffend Vernehmlassungen auf Internet

In der Beantwortung einer schriftlichen Anfrage bezüglich der Vernehmlassung zum Massnahmenplan Wasser steht in der Antwort auf Frage 3, dass auf der Internetseite der Stadt Dübendorf über laufende Vernehmlassungen informiert wird.

Frage:

Unter welcher Rubrik kann man diese Information finden?

Stadtpräsident Lothar Ziörjen antwortet:

Die Rubrik besteht heute noch nicht. Sie soll mit der neuen Homepage eingerichtet werden. Wegen unfallbedingten Ausfällen hat sich die Überarbeitung um ca. 2 Monate verzögert.

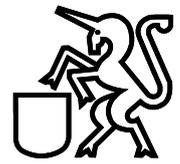
Stephan Schneider (CVP) betreffend Alkoholprobleme bei Jugendlichen

Im Zusammenhang mit der Jugendkriminalität ist auch der Alkoholmissbrauch ein zentrales Thema wie auch die immer häufiger werdenden Alkoholexzesse unter Jugendlichen.

Fragen:

1. Könnte sich der Stadtrat vorstellen, ein Verbot für Alkohol auf öffentlichem Grund für Minderjährige einzuführen?
2. Wäre dies grundsätzlich möglich?

Sicherheitsvorstand André Ingold antwortet:



Zu 1.: Es laufen in Dübendorf einige Projekte mit denen man die aufgezeigten Missstände beheben und bekämpfen will. Eine breit zusammen gesetzte Arbeitsgruppe befasst sich mit der Jugendkriminalität. Ein Verbot wurde in den Projektgruppen noch nicht diskutiert. Er wird das Argument noch einbringen.

Zu 2.: Grundsätzlich sollte ein Verbot möglich sein. Aber auch hier stellt sich die Frage der Kosten für Aufwand und Durchsetzung.

Patrick Angele (SP/JUSO) betreffend Übernahme polizeilicher Aufgaben auf dem Gemeindegebiet von Wangen-Brütisellen

Aus der Presse war zu erfahren, dass die Stadtpolizei Dübendorf neu auch für die polizeilichen Aufgaben auf dem Gebiet der Gemeinde Wangen-Brütisellen zuständig ist. Zeitgleich ist öfters zu hören, dass die Stadtpolizei immer mehr Aufgaben (Polizeiorganisationsgesetz) zur erledigen hat und zu wenig Angestellte dafür zur Verfügung hat.

Fragen:

1. Kann der Stadtrat garantieren, dass die Stadtpolizei ihre Aufgaben gemäss Polizeiverordnung der Stadt Dübendorf und kantonalen wie nationalen Gesetzen nach wie vor in gewohntem Ausmass erledigen?
2. Die Polizeiverordnung der Stadt Dübendorf vom 20. Juni 1980 müsste nach dem abgeschlossenen Vertrag mit Wangen-Brütisellen abgeändert werden.
 - a) Sieht das der Stadtrat ebenso?
 - b) Wird er die neue Fassung der Verordnung dem Gemeinderat vorlegen?

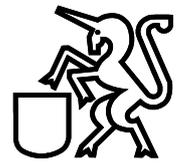
Sicherheitsvorstand André Ingold antwortet:

Zu 1.: Der Stadtrat Dübendorf garantiert, dass die Aufgaben korrekt und nach den Vorschriften in Dübendorf weiterhin wahrgenommen werden. Im Voranschlag 2008 sind finanzielle Aufwändungen für die Erweiterung des Personalbestandes enthalten.

Zu 2.: Die Polizeiverordnung wird entsprechend angepasst. Gemäss Kompetenzregelung in der Gemeindeordnung ist der Erlass oder Änderung der Polizeiverordnung Sache des Stadtrates. Die Verordnung wird dem Gemeinderat nicht vorgelegt.

Andrea Kennel (SP) betreffend Lärmschutzwall Gfenn

Letzten September stellte ich eine Frage bezüglich Lärmschutzwall Gfenn. Der Stadtrat vertröstete den Gemeinderat mit der Antwort, dass bis Ende 2007 das weitere Vorgehen durch den Stadtrat festgelegt werde. Da wir über das weitere Vorgehen nicht informiert wurden, verfassten Gaby Gossweiler und Andrea Kennel am 21. 1. 08 eine schriftliche Anfrage, die gemäss GO innerhalb 2 Monate beantwortet werden müsste. Der Stadtrat hat nun aber beschlossen unsere Anfrage erst zu beantworten, wenn der Bericht des Rechtsanwaltsbüros vorliege.



Fragen:

1. Liegt der erwähnte Bericht nun vor?
2. Wann wurde das Rechtsanwaltsbüro mit dem Bericht bezüglich Schadenersatzforderungen beauftragt?

Tiefbauvorstand Rolf Güttinger antwortet:

Zu 1.: Es handelt sich um heikle baurechtliche Fragen. Der Bericht liegt noch nicht vor. Daher hat sich der Stadtrat die Beantwortungsfrist verlängert.

Zu 2.: Der Tiefbauvorstand hat diese Informationen nicht präsent. Er wird die Frage schriftlich beantworten.

Andrea Kennel (SP) betreffend Velostation

Da ich nur selten mit dem Velo zum Bahnhof fahre, habe ich keinen Batch mehr für die Velostation und muss mein Velo bei den offenen Veloständern abstellen. Leider muss ich aber immer wieder feststellen, dass im Gegensatz zur Velostation die anderen Veloständer teils hoffnungslos überfüllt sind.

Fragen:

1. Was gedenkt der Stadtrat gegen die unbefriedigende Situation bezüglich Veloabstellplätze am Bahnhof zu tun?
2. Wäre es nicht denkbar in Zusammenarbeit mit dem Bahnhof die Möglichkeit zu schaffen, Velos auch tageweise in die Velostation zu geben?

Tiefbauvorstand Rolf Güttinger antwortet:

Zu 1.: Das Problem ist bekannt. Die Situation ist unschön. Eine Lösung mit dem jetzigen Schliesssystem ist nicht möglich.

Zu 2.: Auf Anfrage macht die SBB bei der Lösung des Problems nicht mit. Mit Beginn der Bauarbeiten für die Glattalbahn müssen Provisorien errichtet werden. Hier sollten dann Ergebnisse möglich sein.

20.45 Uhr: 10 Minuten Pause



9. 10 Einbürgerungsgesuche

Peter Bless (DP) bemängelt, dass in letzter Zeit die vom Stadtrat verabschiedeten Beschlüsse für die Bürgerrechtsgesuche eine schlechte Qualität aufweisen.

Stadtpräsident Lothar Ziörjen bestätigt diese Tatsache. Im letzten Jahr wurden viele Anträge nachbearbeitet, die dann zu in der Regel eher kleineren Abweichungen führten. Ab Beginn dieses Jahres wurde ein neues Kontrollsystem eingeführt. Mit diesem wird eine wesentliche Verbesserung eintreten.

Die Bürgerrechtskommission (BRK) hat die vorliegenden Anträge geprüft. Sie gibt zu den einzelnen Gesuchen ihre Empfehlungen ab.

Der Gemeinderat fasst,

gestützt auf Art. 29, Ziff. 4.12 der Gemeindeordnung der Stadt Dübendorf vom 5. Juni 2005 die nachfolgenden

Beschlüsse:

Geschäft Nr. 72 / 2007

Miladi Adel, tunesischer Staatsangehöriger, wohnhaft Im Trübacker 7, Dübendorf

Einbürgerungsgebühr: Fr. 1'450.—

Antrag BRK: Annahme mit 4 zu 0

Diskussion: keine

Abstimmungsergebnis:

Für Antrag Stadtrat / BRK: 26 Stimmen

Gegen Antrag Stadtrat / BRK: 2 Stimmen



Geschäft Nr. 73 / 2007

Kocinaj Betim, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger, wohnhaft Grünenstrasse 57, Dübendorf

Einbürgerungsgebühr:	Fr. 1'450.--
Antrag BRK:	Annahme mit 4 zu 0
Diskussion:	keine
Abstimmungsergebnis:	
Für Antrag Stadtrat / BRK:	22 Stimmen
Gegen Antrag Stadtrat / BRK:	5 Stimmen

Geschäft Nr. 74 / 2007

Fernandes Machado Mário Dinis, portugiesischer Staatsangehöriger, wohnhaft Amselweg 3, Dübendorf

Einbürgerungsgebühr:	Fr. 1'450.—
Antrag BRK:	Annahme mit 4 zu 0
Diskussion:	Peter Bless (DP) - Wunsch an Stadtrat: Wenn die Ehefrau im Gesuch nicht miteinbezogen ist muss eine Information über ihre Situation in der Weisung enthalten sein.
Abstimmung:	
Für Antrag Stadtrat / BRK:	26 Stimmen
Gegen Antrag Stadtrat / BRK:	3 Stimme

Geschäft Nr. 84 / 2007

Thuraisamy Sarmila, srilankische Staatsangehörige, wohnhaft Wangenstrasse 31, Dübendorf

Einbürgerungsgebühr:	Fr. 725.—
Antrag BRK:	Annahme mit 4 zu 0
Diskussion:	keine
Abstimmung:	
Für Antrag Stadtrat / BRK:	25 Stimmen
Gegen Antrag Stadtrat / BRK:	4 Stimmen



Geschäft Nr. 85 / 2007

Tutic Anto, kroatischer Staatsangehöriger sowie seine Ehefrau Tutic Margareta geb. Ros, wohnhaft Heugatterstrasse 24, Dübendorf

Einbürgerungsgebühr:	Fr. 1'900.—
Antrag BRK:	Annahme mit 4 zu 0
Diskussion:	keine
Abstimmung:	
Für Antrag BRK / Stadtrat:	27 Stimmen
Gegen Antrag BRK / Stadtrat:	2 Stimmen

Geschäft Nr. 87 / 2007

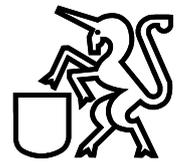
Dusic Katarina, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, wohnhaft Eglshölzliweg 3, Dübendorf

Einbürgerungsgebühr:	Fr. 1'450.—
Antrag BRK:	Annahme mit 4 zu 0
Diskussion:	keine
Abstimmung:	
Für Antrag BRK / Stadtrat:	26 Stimmen
Gegen Antrag BRK / Stadtrat:	2 Stimmen

Geschäft Nr. 91 / 2007

Mazzarelli Giuseppe, italienischer Staatsangehöriger, sowie seine Ehefrau Mazzarelli Anna geb. Chiappetta und das Kind Lara, wohnhaft Hurdackerstr. 6, Dübendorf

Einbürgerungsgebühr:	Fr. 1'900.—
Antrag BRK:	Annahme mit 5 zu 0
Diskussion:	keine
Abstimmung:	
Für Antrag BRK / Stadtrat:	36 Stimmen
Gegen Antrag BRK / Stadtrat:	1 Stimme



Geschäft Nr. 93 / 2007

Brdar Tomislav, kroatischer Staatsangehöriger, sowie seine Ehefrau Brdar Iva geb. Curjuristic, wohnhaft Wallisellenstr. 7, Dübendorf

Einbürgerungsgebühr:	Fr. 1'900.—
Antrag BRK:	Annahme mit 4 zu 0
Diskussion:	keine
Abstimmung:	
Für Antrag BRK / Stadtrat:	25 Stimmen
Gegen Antrag BRK / Stadtrat:	3 Stimmen

Geschäft Nr. 99 / 2007

Michos Nikolaos, griechischer Staatsangehöriger, wohnhaft Lerchenweg 2, Dübendorf,

Einbürgerungsgebühr:	Fr. 1'450.—
Antrag BRK:	Ablehnung mit 5 zu 0 (Ref. Karin Hofer)
Begründung:	<i>Die gesamte BRK bemängelt die Deutschkenntnisse des Gesuchstellers. Er sperrt sich Deutsch zu lernen. Zusätzlich bemängelt die gesamte BRK mangelnde Kenntnisse über die Schweiz und Dübendorf. Es besteht bei Herr Michos komplett kein Wille zur Integration.</i>
Diskussion:	keine
1. Abstimmung auf Ablehnung	
Für Antrag BRK:	30 Stimmen
Gegen Antrag BRK:	2 Stimmen

Die Ablehnungsgründe:

a) Die Deutschkenntnisse des Gesuchstellers sind mangelhaft. Er sperrt sich Deutsch zu lernen.

Abstimmung: Zustimmung 33 zu 0

b) Der Gesuchsteller hat mangelnde Kenntnisse über die Schweiz und die Wohngemeinde Dübendorf.



Abstimmung: Zustimmung 36 zu 0
c) Es besteht beim Gesuchsteller komplett kein Wille zur Integration.

Abstimmung: Zustimmung 29 zu 0

Diskussion: keine

Das Gesuch Nr. 99 / 2007 ist somit abgelehnt.

(Beschluss siehe Protokollanhang)

Geschäft Nr. 100 / 2007

Semir Fecir geb. Avci, türkische Staatsangehörige, wohnhaft In Huebwiesen 10, Dübendorf

Einbürgerungsgebühr: Fr. 1'450.—

Antrag BRK: Annahme mit 5 zu 0

Diskussion: keine

Abstimmungsergebnis:

Für Antrag Stadtrat / BRK: 25 Stimmen

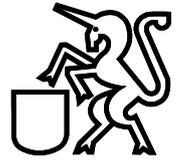
Gegen Antrag Stadtrat / BRK: 6 Stimmen

Schluss der Sitzung: 21.20 Uhr

Für die Richtigkeit

Der Sekretär - Stv.:

G. Ruckstuhl



Eingesehen und für richtig befunden

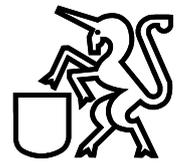
Valeria Rampone, Ratspräsidentin:

Patrick Angele, Stimmenzähler:

Patric Crivelli, Stimmenzähler

Jürg Zimmermann, Stimmenzähler

Protokollanhang



Geschäft-Nr. 99 / 2007

Michos Nikolaos, griechischer Staatsangehöriger, wohnhaft Lerchenweg 2, Dübendorf Einbürgerung / Ablehnung

Mit Datum vom 16. August 2007 beantragt der Stadtrat die Einbürgerung

von:

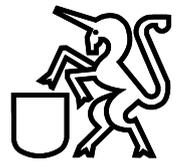
Michos Nikolaos, geb. 27. Februar 1944, griechischer Staatsangehöriger, wohnhaft Lerchenweg 2, Dübendorf.

Der Gemeinderat,

- in Anwendung der Bestimmungen des Gesetzes über Erwerb und Verlust des Schweizer Bürgerrechts Art. 12, Abs. 1; der Kantonalen Bürgerrechtsverordnung, § 29 sowie der Verordnung über das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf, Art. 2 und 7 -

BESCHLIESST:

1. Das Einbürgerungsgesuch von Michos Nikolaos, geb. 27. Februar 1944, griechischer Staatsangehöriger, wohnhaft Lerchenweg 2, Dübendorf, wird abgelehnt.
2. In Nachachtung der Bundesverfassung, Art. 29, Abs. 2 und in Anwendung des Verwaltungspflegegesetzes, § 10, Abs. 2, wird der Entscheid wie folgt begründet:
 - a) Die Deutschkenntnisse des Gesuchstellers sind mangelhaft. Er sperrt sich Deutsch zu lernen.
 - b) Der Gesuchsteller hat mangelnde Kenntnisse über die Schweiz und die Wohngemeinde Dübendorf.
 - c) Es besteht beim Gesuchsteller komplett kein Wille zur Integration.
3. Gegen diesen Beschluss kann gestützt auf § 151 Abs. 1 des Gemeindegesetzes innert 30 Tagen von der Mitteilung an gerechnet, schriftlich Beschwerde beim Bezirksrat Uster erhoben werden. Die Kosten des Beschwerdeverfahrens hat die unterliegende Partei zu tragen. Die Rekurs- oder Beschwerdeschrift muss einen Antrag und dessen Begründung enthalten. Der angefochtene Beschluss ist, so weit möglich, beizulegen.



4. Mitteilung an:

- a. Herr Nikolaos Michos, Lerchenweg 2, 8600 Dübendorf (eingeschrieben)
- b. Stadtrat Dübendorf
- c. Direktion der Justiz und des Innern, Abt. Einbürgerungen, 8090 Zürich

Gemeinderat Dübendorf

Valeria Rampone
Ratspräsidentin

G. Ruckstuhl
Sekretär Stv.